

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Was soll aus unserem Fremdenverkehr werden?

Die Regierung möchte das Defizit aus der Staatskasse decken und Fremdenverkehrsumlage erhöhen

Die Strukturreform ist ausgeblieben, die Einnahmen konnten mit den Ausgaben nicht mehr Schritt halten, das Defizit steht bei über einer halben Million Franken. Nun will die Regierung reinen Tisch machen, das Defizit aus der Staatskasse tilgen, als Sofortmassnahme die Verkehrsumlage erhöhen – und auf qualitativen Tourismus setzen. Aber wollen wir überhaupt Tourismus in unserem Land?

Der Fremdenverkehr in unserem Land steht derzeit schlecht da. Einerseits bleiben die Touristen aus, auf der anderen Seite steckt die Fremdenverkehrszentrale in einer finanziellen Notlage, weil sich die Defizite auf eine Höhe von 585 877 Franken angehäuft haben. Die Regierung unterbreitete dem Landtag einen Antrag zur Abschreibung der vom Staat geleisteten Vorschüsse sowie zur Anhebung des Höchstbetrages der Fremdenverkehrsumlage von 1000 Franken auf 2000 Franken. Nach dieser Sofortmassnahme zur

finanziellen Sanierung soll eine Strukturberichtigung in Form eines neuen Fremdenverkehrsgesetzes vorgenommen werden.

### Finanzierungsbasis seit 1974 brüchig

Wie aus dem Regierungsbericht hervorgeht, reichte die 1971 geschaffene Finanzierungsbasis für die Fremdenverkehrszentrale und die Fremdenverkehrswerbung bereits ab 1974 nicht mehr aus.

Das Land übernahm nämlich die Hälfte der Kosten für die Fremdenverkehrszentrale und ebenso für die Kosten der Fremdenverkehrswerbung, während die andere Hälfte von den am Fremdenverkehr interessierten Geschäftsbetrieben im Umlageverfahren aufgebracht werden sollte. Regierungsrat René Ritter erklärte am Pressegespräch, dass die anfänglichen Defizite als nicht gravierend angesehen worden seien, doch dann hätten sich zu Beginn der achtziger Jahre sprunghafte Entwicklungen ergeben, deren Ergebnis nun zu tilgen sei. Der 1971 festgesetzte Höchstbetrag für die Verkehrsumlage, der seither nie mehr angehoben wurde, hat sich nach den Worten von Regierungsrat René Ritter als zu niedrig erwiesen. Die Regierung habe nicht früher gehandelt, da immer die Rede von einer Reform des Fremdenverkehrsgesetzes gewesen sei.

### Sofortmassnahmen ausreichend?

Die mit dem Regierungsantrag vorgesehene Erhöhung der Umlage bringt zwar Mehreinnahmen, doch können damit nur die gestiegenen Ausgaben gedeckt werden. Eine Rückzahlung der vom Staat geleisteten Vorschüsse ist damit, wie René Ritter weiter ausführte, nicht möglich.

Der neue Ressortinhaber für Wirtschaft, in dessen Aufgabenbereich der Fremdenverkehr fällt, machte aber deutlich, dass weitere Massnahmen notwendig seien, um die Fremdenverkehrsförderung auf eine neue Basis zu stellen. Personelle Konsequenzen schloss er, ohne sie näher zu begründen, nicht aus.

### Privatisierung der Fremdenverkehrsförderung

Nachdem früher der Anhäufung immer weiterer Ausgabenüberschüsse offenbar tatenlos zugehört wurde, beschloss die Regierung bereits im Jahre 1982, eine Novellierung des Fremdenverkehrsgesetzes in die Wege zu leiten, um die finanzielle Basis langfristig zu sichern. Der damalige Ressortinhaber Hilmar Ospelt liess eine erste Vernehmlassung durchführen und gab einem Projektteam den Auftrag zur Ausarbeitung neuer gesetzlicher Grundlagen. Der darauf erstellte Gesetzesentwurf sieht eine neue Trägerschaft auf privatwirtschaftlicher Basis für den Fremdenverkehr vor. Ausserdem sollen die Kosten aufgrund eines geänderten Berechnungsverfahrens anders verteilt werden.

Regierungschef Hans Brunhart erachtet den Gesetzesentwurf als geeignetes Instrument, um Ordnung in die finanzielle Situation zu bringen. Wie er am Pressegespräch ausführte, hat die Regierung die Fremdenverkehrszentrale mehrfach energisch darauf hingewiesen, dass es «so» nicht weiter gehe – offenbar mit geringem Erfolg. Die Privatisierung der Fremdenverkehrsförderung, so Brunhart, schaffe die Voraussetzungen für eine gute Lösung, denn nach diesem Modell habe der Staat nur noch einen Beitrag zu übernehmen. (G.M.)

## Eine besondere Ehrung

Das Erbprinzenpaar empfing über 100 Blutspender auf Schloss Vaduz

(ps) – Weit über hundert Blutspender folgten am vergangenen Mittwochabend der Einladung des Durchlauchten Erbprinzenpaares ins Schloss Vaduz. Bereits im Frühjahr anlässlich der Jahresversammlung des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK) hatte man mehrfache Blutspender geehrt und zu einem Empfang auf Schloss Vaduz eingeladen.

Ihre Durchlaucht die Erbprinzessin Marie begrüsst als Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK) die zahlreichen Gäste. Sie bedankte sich bei allen Blutspendern für ihre bereitwilligen und idealistisch motivierten Blutspenden. Einen ebensolchen Dank richtete sie an die Samaritervereine, die die Blutspendeaktionen jeweils organisieren und durchführen. Seit im Jahre 1952 die erste Spende genommen wurde, konnten in Liechtenstein rund 32 000 Blutentnahmen gemacht werden. Damit konnte das Rote Kreuz etwa 12 000

Liter Blut nach Bern zur Aufarbeitung schicken. Ungezählten Patienten konnte damit in oft lebensgefährlicher Situation geholfen werden.

In der Schweiz sollen die Liechtensteiner Blutspenden sehr geschätzt sein. Im Vergleich zu den Eidgenossen sind die Liechtensteiner sehr bereitwillige Blutspender: ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der Bevölkerung meldet sich regelmässig zur Blutentnahme. Viele der Gäste auf Schloss Vaduz gehen jährlich zweimal oder mehr zur Blutspende.

Die Beweggründe für dieses soziale Verhalten sind bekannterweise mannigfaltig. In unserem kleinen Land dürfte aber die Motivation dadurch besonders gross sein, dass viele in ihrem Bekanntenkreis Personen kennen, die auf Bluttransfusionen (oftmals lebensrettend) angewiesen waren. Dadurch wird der Wert und die Notwendigkeit des Blutspendens besonders erkennbar.



I. D. Erbprinzessin Marie hatte die zahlreichen Blutspender zu einem Empfang auf Schloss Vaduz eingeladen. Unser Bild zeigt sie (Zweite von rechts) im Gespräch mit Blutspendern.



Seit zehn Jahren ist die Abwasserreinigungsanlage in Bendorf in Betrieb. Sie ist das Gemeinschaftswerk der Unterländer Gemeinden und der Gemeinde Schaan. Am Samstag kann die Anlage im Rahmen eines Tages der offenen Türe besichtigt werden. (Archivbild)

## Ein Gemeinschaftswerk bewährte sich

10jähriges Bestehen der Kläranlage Bendorf – Tag der offenen Türe

Vor zehn Jahren nahm die Abwasserreinigungsanlage in Bendorf ihren Betrieb auf. Bei dieser Anlage, die am Samstag im Rahmen eines Tages der offenen Türe von der Bevölkerung besichtigt werden kann, handelt es sich um ein Gemeinschaftswerk der fünf Unterländer Gemeinden Eschen, Mauern, Gamprin, Ruggell und Schellenberg sowie der Oberländer Gemeinde Schaan. Das Gemeinschaftswerk, das in der Zwischenzeit auch Abwässer aus anderen Gemeinden reinigt und über Wasser aus anderen Kläranlagen übernimmt, hat sich bewährt.

Gemeinden und Schaan im Jahre 1971 an gleichzeitig durchgeführten Gemeindeabstimmungen der Gründung des Abwasserzweckverbandes zu, der in der Folge für den Bau und den Betrieb der Abwasserreinigungsanlage verantwortlich war.

Die Gründung des Abwasserzweckverbandes hat sich, wie Präsident Josef Frommelt betont, als richtig erwiesen. Die gute Zusammenarbeit habe ein Werk entstehen lassen, auf das alle stolz sein können. Als Oberlieger des Bodensees sei damit ein zwar kleiner, aber beispielhafter Beitrag zur Erhaltung einer gesunden Umwelt geleistet worden. Über direkte Anschlüsse oder Sammelanschlüsse werden heute praktisch alle Haushalte der Verbandsgemeinden erfasst. Die Reinigungsqualität der Anlage ist unvermindert hoch, wie am Tag der offenen Türe von jedermann selbst geprüft werden kann.

Mehr über die Abwasserreinigungsanlage Bendorf im Innern der heutigen Ausgabe.

Sportminister-Konferenz Dublin:

## Umstrittene Südafrika-Resolution

Anlässlich der 5. Konferenz der Sportminister der 21 Mitgliedstaaten des Europarates in Dublin ist erstmals in der Geschichte vom Prinzip der Einstimmigkeit abgewichen worden, und zwar bei der Beschlussfassung über eine Resolution, in der strikte Massnahmen zur Unterbindung von Sportkontakten mit Südafrika gefordert werden. Die Schweiz, Liechtenstein (Regierungsrat Büchel) und die Bundesrepublik Deutschland stimmten gegen die Resolution, Luxemburg und Portugal enthielten sich der Stimme und Frankreichs Delegation war bei der Behandlung dieses Geschäftes gar nicht im Saal.

Man weiss es von der grossen politischen Bühne: Der Bundesrat hält nichts von Massnahmen, die sich gegen das Apartheid-Regime in Südafrika richten.

Und so stimmte auch die Schweizer Delegation – ohne den bei den Verhandlungen der eidgenössischen Räte engagierten Bundesrat Alphons Egli als Vorsteher des Departements des Innern – gegen die Resolution. Zum Wortführer der Gegnerschaft machte sich der BRD-Innenminister Friedrich Zimmermann, und zwar mit der Begründung, dass die Autonomie der Sportorganisationen einge-

schränkt werden könnte. Die schärfste Formulierung für einen Boykott hatte Schweden eingebracht.

Zur Beratung standen überdies Fragen des Dopingmissbrauchs, und bei diesem Problemkreis meldete sich überraschend der als Gast beteiligte kanadische Sportminister Otto Jelinek mit einem unterstützenden Votum. Beraten wurden ferner Probleme des Sports für Behinderte und Strafgefangene, sowie die Themen Umweltschutz und Gewalt im Zusammenhang mit dem Sportgeschehen.

## Nebenbei

Das neue Vormundschaftsrecht sei in Vernehmlassung gegangen, meldete das Presse- und Informationsamt der Regierung und fügte den Text des VU-Vorstosses bei. Kein Wort aber, um was es im Gesetzesentwurf zum Vormundschaftsrecht überhaupt geht. Ob man das Presse- und Informationsamt nicht in Propagandaministerium umbenennen sollte?

## AKTUELL

### Südafrika droht den USA mit Getreideboykott

Südafrika kauft möglicherweise keinen Weizen mehr von den Vereinigten Staaten, falls der Senat die vom Repräsentantenhaus am Vortag gebilligten Sanktionen gegen Südafrika bestätigen sollte. Dies erklärte der südafrikanische Aussenminister Roelof «Pik» Botha gestern.

### Reagan empfing Daniloff

Der von Moskau freigelassene amerikanische Journalist Nicholas Daniloff und dessen Familie sind von Ronald Reagan im Weissen Haus empfangen worden. Daniloff bedankte sich bei einem kurzen Fototermin nochmals beim Präsidenten. Es ist noch nicht bekannt, welche Aufgaben Daniloff künftig bei seinem Nachrichtenmagazin übernehmen wird.

### Schewardnadse in Kanada

Drei Stunden hat der sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse in Ottawa mit seinem kanadischen Amtskollegen Joe Clark gesprochen. Im Mittelpunkt der Unterredung stand die Rüstungskontrolle.

### Neue Staatschefs in San Marino

Ein Kommunist und ein Christdemokrat sind in den kommenden sechs Monaten die Staatschefs des von italienischem Territorium umgebenen Zwergstaates San Marino. Maurizio Tomassoni und Giuseppe Arzilli wurden mit einem traditionellen farbenprächtigen Umzug in ihre Ämter eingeführt.

### USA nehmen neue Bomber in Betrieb

Die amerikanische Luftwaffe hat den ersten von 100 neuen B-1B-Interkontinental-Bombern in Dienst genommen. Er wurde in ständige Bereitschaft versetzt.

## «Grösseres Vertrauen» für Mitterrand und Chirac

(spk/dpa) Das Vertrauen der Franzosen in Staatspräsident Francois Mitterrand und Premierminister Jacques Chirac ist nach den Terroranschlägen im September gestiegen. In der am Donnerstag veröffentlichten repräsentativen, monatlichen Meinungsumfrage für das «Figaro»-Magazin stieg die Beliebtheit Chiracs um 12 Prozentpunkte. 58 Prozent der Franzosen sind jetzt mit ihm zufrieden. Mitterrand liegt im Ansehen jedoch noch immer vor ihm. Er bekam 6 Prozentpunkte mehr und wird jetzt von 61 Prozent der Franzosen positiv bewertet.